

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 - Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. - Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen. Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einbezug 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. - Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 13

Dresden, Freitag, 16. Januar

1925

Das Kabinett Luther und die Oppositionsparteien.

Heute um sechs Regierungserklärung vor dem Reichstag.

Die letzten Verhandlungen.

Berlin, 16. Januar.

Nachdem im Verlaufe des gestrigen Vormittags die letzten parteipolitischen Schwierigkeiten über die Vertrauensfrage behoben waren, handelte es sich am Nachmittag nur noch um einige personelle Angelegenheiten. Für den Oberlandesgerichtspräsidenten Schulten, der von der Ministerkandidatur für das Justizministerium zurückgetreten ist, hat Dr. Luther nunmehr den Oberlandesgerichtspräsidenten Schumacher in Köln, eine dem Zentrum nahe stehende Persönlichkeit, in Aussicht genommen. Die Bayerischen Volksparteier haben sich mit Herrn Stingl als Postminister zufrieden gegeben.

In der siebenten Abendrunde begab sich Dr. Luther zum Reichspräsidenten, um sich nunmehr offiziell mit der Kabinettsbildung beauftragen zu lassen. Bei dieser Auseinandersetzung dürfte auch die Sprache auf den als Reichswirtschaftsminister designierten Ministerialdirektor a. D. Neuhäus gekommen sein. Neuhäus scheint durch das Telegramm, das die Liga für Menschenrechte an den Reichspräsidenten gerichtet und das ihn in Verbindung mit den Rathenau-Mördern gebracht hat, schwer kompromittiert zu sein. Indessen beschäftigen die Deutschnationalen, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, an seiner Kandidatur festzuhalten, mit der Begründung, daß Reichszankler Marx bereits an ihn wegen der Übernahme eines Ministerpostens herangetreten sei.

Der Reichstag wird heute abend, 6 Uhr, die Regierungserklärung entgegennehmen. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion beschäftigt die Interpellation Schiele über den Wagedorfer Prozeß, das heißt über die gemeinsame Vertrauensfragebildung des Kabinetts Marx, dem Reichspräsidenten gegenüber zurückzuführen. Es ist aber möglich, daß die Nationalsozialisten sie aufnehmen, und daß dann Herr Schiele als neuer Reichsinnenminister die ehemalige Protestinterpellation Schiele zu beantworten in die Lage käme.

Das Telegramm der Liga für Menschenrechte. Schwere Anklage gegen Minister Neuhäus.

Berlin, 16. Januar.

Die Deutsche Liga für Menschenrechte hat an den Reichspräsidenten das folgende Telegramm gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der mit der Kabinettsbildung betraute Reichsfinanzminister Dr. Luther hat, neben anderen Persönlichkeiten, auch den Ministerialdirektor a. D. Neuhäus als Mitglied seines Kabinetts in Aussicht genommen. Wir halten es für unsere Pflicht, den Herrn Reichspräsidenten darauf aufmerksam zu machen, daß Ministerialdirektor Neuhäus nicht nur seinerzeit den Eid auf die Verfassung verweigert hat, sondern auch, als Ehrenvorsitzender des deutschnationalen Jugendbundes, die Verbindung zwischen dem später wegen Teilnahme an der Ermordung Rathenaus verurteilten „Deutscht“ Günther und dem General Lubendorff vermittelt hat, sowie an dem berühmten Redner des deutschnationalen Jugendbundes am 24. Juni 1924 zugegen war, auf dem Günther als Mörder Rathenaus gefeiert wurde. Ferneres Devisenmaterial: amtliches Stenogramm des Rathenau-Prozesses. Die Kenntnis dieser Tatsache dürfte zur Bewertung des in Voranschlag gebrachten Ministers der Republik genügen. Deutsche Liga für Menschenrechte. Verzeichnet: v. Gerlach.“

Berlin, 15. Januar.

Amlich. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Reichszankler ernannt, auf dessen Vorschlag, die nachstehenden Herren zu Reichsministern ernannt:

Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann, Mitglied des Reichstags;

Reichsminister des Innern: Martin Schiele, Mitglied des Reichstags;

Reichsminister der Finanzen: noch unbesetzt;

Reichswirtschaftsminister: Neuhäus, Ministerialdirektor a. D.;

Reichsarbeitsminister: Dr. Braun, Mitglied des Reichstags;

Reichswehrminister: Dr. Seifler,

Reichspostminister: Stingl,

Reichsverkehrsminister: noch unbesetzt,

Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Graf Ranig.

Das Reichsjustizministerium ist dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schumacher, Mitglied des Reichsrats, angeboten worden, der auch gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete betraut werden soll. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen worden.

Der Kampf beginnt.

Sozialdemokratische Erklärungen.

Berlin, 16. Januar.

Unter der Überschrift „Unsere Parole“ veröffentlichen die Sozialdemokratische Pressekreise eine parteipolitische Erklärung, in der dem Kabinett Luther schärfste Opposition angelegt wird. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Die Sorge des neuen Reichszanklers um diese Opposition der Sozialdemokratie ist verständlich, und wir möchten hinzufügen, auch berechtigt. Es hat gar keinen Zweck, wenn er um gut Wetter bitten läßt und, zur Beruhigung der Arbeiterschaft, die Arbeit hegt, gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister schon in den nächsten Tagen eine Verfügung über die Wiederherstellung des Achtstundentages in der Hüttenindustrie zu erlassen. Diese Verfügung hätten wir für eine Selbstverständlichkeit, und wir denken deshalb gar nicht daran, uns ihr anzuliebe, in der beschriebenen Opposition auch nur im geringsten zu beschränken. Alles zu reden, die wunderbaren Versprechungen und das schönste Programm kann uns nicht reizen. Die Deutschnationale Partei hat die Welt und unser Volk zu oft belogen, als daß man ihr und ihren Vertrauensleuten Glauben schenken könnte. Erst am 29. August 1924 haben wir erfahren müssen, was von allen deutschnationalen Zusicherungen zu halten ist, und was erleben wir jetzt? Die Vertrauensleute des Reichspräsidenten schämen sich nicht, sich von dem fortgesetzt verschmähten Republikaner und Sozialdemokraten Ober mit der Ministerwürde betrauen zu lassen. Sogar den „Eid“ auf die republikanische Verfassung, die sie bis auf den heutigen Tag bekämpft haben und die sie auch weiter bekämpfen werden, ist ihnen die Fäusteltruppe wert.“

Gegenüber diesen Männern sollen wir eine abwartende Stellung einnehmen? Kein Gedanke daran! Unsere Stellungnahme ist gegeben durch die Zusammenfassung der Regierung. Sie ist für uns Programm genug, sobald wir auf die papierne Erklärung, die am Freitag abend um 6 Uhr im Reichstag feigen soll, gern verzichten. Oder ist eine Regierung, in der Stille der „Organisation Konjunkt“ und intellektuelle Heber des Rathenau-Mordes sitzen, nicht Programm genug? Unser Bedacht an Zusammenhänge durch Herrn Dr. Luther ist jedenfalls gebort. Er wird nun der Sozialdemokratie bald eine Antwort

verschieben auch einen Denkzettel erhalten. Der erste Ausdruck dieser Antwort dürfte ein begründetes Mißtrauensvotum sein, das die Fraktion am Sonnabend oder Montag einbringen wird.“

Die Stellungnahme der Demokraten.

Berlin, 16. Januar.

Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer gestrigen Nachmittagsfraktion einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Die deutsche demokratische Fraktion billigt, daß der Vorsitzende die Entsendung eines Vertrauensmanns in das Kabinett Luther angelehnt hat. Sie lehnt dem Kabinett mit dem schwersten Mißtrauen gegenüber und behält sich ihre Stellung zu der Regierungserklärung vor.

Eine Zentrumsstimme.

„Größtes berechtigtes Mißtrauen“.

Wien, 15. Januar.

Die „Neinische Volkswacht“, das offizielle Zentrale Zentrumorgan, kommentiert das neue Kabinett Dr. Luther wie folgt:

Es genügt, festzustellen, daß niemand im Lande daran glauben wird, daß das ein „überparteiliches“ Kabinett sei. Es ist die Rechtsblockregierung, gegen die sich das Zentrum gewandt hat. Nun sehen wir Zentrumsminister im Kabinett. Wir beklagen das und halten die Lösung für nicht glückselig. Es wird der Zentrumsfraktion des Reichstags schwer werden, diese Entscheidung in der Wählerchaft als unumgänglich zu beweisen. Die Wähler werden die Entscheidung nicht zu vereinbaren wissen mit dem, was unserem Volk bei den Anstrengungen um die Regierungsbildung angehen worden ist, nicht zu vereinbaren wissen mit dem jüngsten Fraktionsbeschluß, nicht mit dem einstimmig ausgesprochenen Willen des Reichsparteitag, der jetzt als mißgünstig erscheint, denn nichts hat sich ereignet, was diesen Beschlüssen und Willensäußerungen den Boden genommen hätte, im Gegenteil: viele, was ihre fortdauernde Berechtigung beweisen hat. Die Zentrumsfraktion wird in ihrer Mehrheit mit uns diesem Kabinett mit dem größten berechtigten Mißtrauen gegenübersehen.“

Stimmen des Auslandes.

Kopenhagen, 15. Januar.

„Politiken“ beschäftigt sich am Donnerstag in ihrem Privatteil mit dem Kabinett Luther und schreibt:

Die Lösung Luther hat einen sehr bestimmten Charakter. Durch sie wird die Wahl vom 7. Dezember, die ein Linkslager war, zu einem Kabinett mit deutlicher Rechtsfärbung umgebogen. Marx ist geschlagen, Stresemann ist der Mann des Tages, Luthers Kabinett wird sein Kabinett. Wir glauben nicht, daß Stresemanns Sieg eine glückliche Begebenheit für Europa ist. Eine gegebene Wirkung wird sein, daß er in außerordentlichem Maße Herrschaft erlangen wird, die Politik fortzuführen, deren Ziel Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland war. In der Frage der Räumung der Kölner Zone hat Stresemanns Politik bisher an einem unglaublichen Mangel an Verständnis für Herrlots Schwierigkeiten gelitten, um nicht zu reden von dem psychologischen Augenblick, der da war, als Rom und London, aus Furcht vor dem schnellen deutschen Wiederaufsteig, sich zu einer fähigen Haltung hinüberzwangen. Damals galt es für die deutsche Politik, zu begreifen, daß Herrlot Deutschlands Mitarbeit braucht. Er bekam sie nicht, und was er unter der neuen Regierung bekommt, ist kaum eine vorläufige politische, die eine deutsch-französische Verständigung ermöglichen wird.“

Amsterdam, 15. Januar.

Die gesamte niederländische Presse bezeichnet die Lösung der Regierungsbildung durch die Bildung eines sogenannten „überparteilichen“, in Wirklichkeit eines Rechtskabinetts, als überaus verhängnisvoll für die innen- und außenpolitische Lage des Deutschen Reichs und darüber hinaus als ein neues Hindernis für die politische Entspannung in Europa. Das niederländische Blatt Dr. Luthers sei, daß er der Geschicklichkeit der ihn an politischer Erfahrung überflügeln Führer der nationalsozialistischen Fraktion sei. Das deutschfreundliche „Nijmegen Handelsblad“ schreibt:

Dr. Luthers persönliche Eigenschaften sind lange nicht hinreichend, um ihm im Auslande die Sympathien für die Politik zu sichern, in deren Dienst diese Qualitäten gestellt werden sollen. Die Bildung eines Rechtskabinetts Dr. Luther kann in den Niederlanden keine Beugung über die Lösung der deutschen Krise hervorzurufen. Geradezu tragisch kommt der Gedanke, daß, sechs Jahre nach der Revolution, Deutschland die deutsche Republik, durch Männer regiert werden soll, die mit Herz und Seele Feinde des republikanischen Gedankens sind. Es klingt fast wie eine Parodie. Europa soll noch einmal mit einem Dr. Stresemann als Außenminister beglückt werden. Deutschnationale, überreichte Monarchisten, werden Ministerposten befehlen. Die Steuer- und die großen Wirtschaftspragen werden zur Freude und zum Ergötzen der Agrarier und Großindustriellen geregelt werden. Überwiegend durch einen monarchistischen Reichspräsidenten abgeleitet. Hiermit wird auch das geringe Vertrauen, das sich Deutschland in der letzten Zeit im Ausland erworben konnte, wie Schnee vor der Sonne dahin schmelzen. All das bedeutet eine neue Spannung der internationalen Lage, die der europäischen Wirtschaft bestimmt nicht förderlich sein wird. Alle, die es im In- und Ausland mit Deutschland gut meinen, müssen ein Stoßgebiet berechnen, damit Luthers Bemühungen um ein reaktionäres Kabinett scheitern.“

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: „Stresemann hat Marx geschlagen. Er hat das Spiel gewonnen. Welch furchtbaren Schaden